

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Die Lage der Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen hat sich seit Mitte der neunziger Jahre ständig verschlechtert. Die öffentlichen Haushalte befinden sich derzeit in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben liegen zum Teil dramatisch über den regelmäßig fließenden Einnahmen. Der daraus erwachsende Konsolidierungsbedarf ist enorm und kurzfristig nicht zu bewältigen.“

Diese kurze – und aus meiner Sicht zutreffende – Situationsbeschreibung ist ein Zitat. Ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, vor fast genau einem Monat in Berlin unterschrieben. Dieses Zitat macht vorab zweierlei deutlich:

1. Die desolate Finanzlage der Stadt Lüdenscheid stellt weder im Land noch im Bund einen Sonderfall dar, sondern repräsentiert in gewissem Sinne traurige Normalität in Deutschland. Die Entwicklung in Lüdenscheid zeigt im Grunde genommen nur spiegelbildlich, was republikweit zu beobachten ist: die chronische Unterfinanzierung der Öffentlichen Hand.
2. Aus der Finanzmisere von Bund und Land folgt unmittelbar, dass von dort keine Hilfe bei der Lösung unserer Probleme zu erwarten ist. Vielmehr besteht sogar die Gefahr, dass Bund und Land ihre eigenen Probleme – wie bereits in der Vergangenheit – zu Lasten der Gemeinden zu lösen versuchen.

Die im Zitat angesprochene deutliche Verschlechterung der Finanzlage seit Mitte der neunziger Jahre zeigte sich auch in Lüdenscheid. Beispielhaft sei an zwei Ursachen erinnert:

Da sind zum einen die finanziellen Lasten der deutschen Einheit: im Rahmen des kommunalen Solidarbeitrags musste die Stadt Lüdenscheid seit 1991 insgesamt rund 43,9 Mio. € zahlen; rechnet man diesen Betrag mit einer jährlichen Verzinsung von nur 3% hoch, summiert sich die finanzielle Belastung der Stadt Lüdenscheid sogar auf über 55 Mio. € Welche Größenordnung diese Zahlen repräsentieren, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass sie in etwa der Hälfte der gesamten städtischen Schulden entsprechen.

Als zweite Ursache für die Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage ist die ebenso dauerhafte, wie unter sozialen und finanziellen Aspekten gleichermaßen unerträgliche Massenarbeitslosigkeit zu nennen. Diese hat nicht nur zu dramatischen Belastungen der Sozialversicherungen geführt, sondern auch zu deutlich steigenden Ausgaben im Bereich des kommunalen Sozial Etats. Der Versuch einer energischen Reform in diesem Bereich, unter dem Stichwort Hartz IV allgemein bekannt, teilt nach derzeitigem Stand der Dinge das Schicksal der meisten „großen Reformen“ der letzten Jahre: statt Entlastungen sind zusätzliche Belastungen zu verzeichnen. Abgerundet wurde das schlechte Bild durch die Finanzierungsstreitigkeiten der vergangenen Monate, in denen der seinerzeit zuständige Bundesminister mit - in der Gesamtbetrachtung haltlosen - Vorwürfen gegen die Kommunen das Gesprächsklima mehrfach vergiftete. Wenn ich mir hier ausnahmsweise eine politische Bemerkung erlauben darf: Ich bin ausgesprochen froh, dass dieser Minister der neuen Bundesregierung nicht mehr angehört. Denn vollmundigen Ankündigungen folgte in der Regel wenig Verwertbares, viele Projekte wurden wie ein Feuerwerk mit piff-paff-puff gezündet – und wenn sich das Blitzlichtgewitter und die Nebelschwaden wieder gelegt hatten, war die Situation oft noch trostloser als vorher. Es ist uns allen zu wünschen, dass in den so wichtigen Bereichen Arbeit und Wirtschaft eine inhaltsorientierte Sacharbeit endlich wieder Platz greift.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch die zweite Feststellung des vorangestellten Zitats, wonach sich die öffentlichen Haushalte in einer außerordentlich ernsten Lage befinden, beschreibt unmittelbar Lüdenscheider Realität. Die Versuche der letzten Jahre, zu einer Konsolidierung der städtischen Finanzen zu kommen, sind hinsichtlich des zentralen Ziels, nämlich zum Ende des HSK-Zeitraums wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, insgesamt als gescheitert anzusehen. Dabei sind wir nach dem derzeitigen Stand nicht nur unter der Meßlatte „die laufenden Einnahmen müssen die laufenden Ausgaben decken“ hindurchgesprungen. Nein, wir sind – im Gegensatz zu früheren Jahren – nicht einmal mehr in der Lage, unser Defizit durch Rückgriff auf die allgemeine Rücklage auszugleichen. Denn: Was lange prophezeit wurde, ist in diesem Jahr bittere Realität geworden: Die allgemeine Rücklage ist erschöpft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben – was unsere Haushaltswirtschaft anbetrifft – in den letzten Jahren immer auch zu einem guten Stück vom „Prinzip Hoffnung“ gelebt:

- Hoffnung auf eine nachhaltige und spürbare Verbesserung der konjunkturellen Lage,
- Hoffnung auf zurückgehende Arbeitslosenzahlen,
- Hoffnung auf wirksame, also entlastende Reformen im Bereich der Sozialgesetzgebung,
- Hoffnung, dass endlich das Konnexitätsprinzip in der Gesetzgebung von Bund und Land umfassende Beachtung findet.

Keine dieser Hoffnungen hat sich erfüllt; die Probleme sind in den meisten Bereichen eher noch größer geworden!

Auch den dritten Satz aus der Koalitionsvereinbarung möchte ich gerne noch einmal aufgreifen: „Die laufenden Ausgaben liegen zum Teil dramatisch über den regelmäßig fließenden Einnahmen.“

Eine neue Erkenntnis ist das für uns alle nicht.

Wer die Haushaltsreden früherer Jahre nachliest – und damit meine ich auch Haushaltsreden aus der Zeit meines Amtsvorgängers –, begegnet immer wieder dem Begriff des „strukturellen Defizits“. Immer wieder war die Rede davon, dass die laufenden Einnahmen nicht reichen, die laufenden Ausgaben zu decken; immer wieder wurde gefordert, dass durch energische Sporbemühungen dieses Ungleichgewicht beseitigt werden müsse. Immer wieder wurden von Verwaltung und Politik, Anstrengungen unternommen, dieser Problematik Herr zu werden. Aber genauso „immer wieder“ verschlechterten sich die Rahmenbedingungen, wurden erzielte Verbesserungen durch Belastungen an anderer Stelle konterkariert, zunichte gemacht, ja oft sogar übertroffen. Immer wieder schnappte die von mir in einer früheren Haushaltsrede angesprochene „Vergeblichkeitsfalle“ unbarmherzig zu.

Der vorgelegte Verwaltungsentwurf dokumentiert das angesprochene Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben auf traurig stimmende Weise: Mehr als 15 Mio. € Fehlbedarf allein

im Verwaltungshaushalt, weitere 7 Mio. € im Vermögenshaushalt sprechen eine deutliche Sprache. Dass die Probleme im Verwaltungshaushalt weitestgehend durch wegbrechende Einnahmen entstanden sind, habe ich bereits im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung sowie im Hauptausschuss dargestellt.

Nicht berücksichtigt ist im Verwaltungsentwurf die zwischenzeitlich vom Märkischen Kreis angekündigte Erhöhung des Kreisumlagesatzes, was zu einer weiteren Belastung von annähernd 3 Mio. € führen würde. Ich appelliere daher nochmals dringend an die Verantwortlichen der Kreisverwaltung und auch an die hier anwesenden Mitglieder des Kreistages: Lassen Sie ab vom Vorhaben der Umlagesatzerhöhung! Wir haben keinerlei Möglichkeiten, die hieraus resultierenden Belastungen aufzufangen! In diesen schwierigen Zeiten verbietet es sich meines Erachtens von selbst, wenn Belastungen innerhalb der oft beschworenen „kommunalen Familie“ untereinander weitergereicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In den nächsten Wochen werden wir uns aber nicht damit begnügen können, die aktuelle Situation mit dem Ausdruck größten Bedauerns zu beschreiben und uns gegenseitig zu versichern, dass alles sehr schlimm ist. Vielmehr stellt sich die zentrale Frage: Wie soll es denn jetzt weitergehen?

Vorweg zwei Bemerkungen:

1. Ich kann verstehen, wenn bei denjenigen in Politik und Verwaltung, die in den letzten Jahren immer wieder versucht haben, durch neue Konsolidierungsmaßnahmen das „Finanzschiff“ auf Kurs zu halten, irgendwann die Luft raus ist, wenn sich das Gefühl der Resignation breit macht, weil man doch mit einiger Sicherheit voraussagen kann, dass nach jedem gelösten Problem zwei neue in Erscheinung treten.
2. Ich kann auch sehr gut verstehen, wenn versucht wird, das, was in Lüdenscheid an sozialer, kultureller und sonstiger Infrastruktur aufgebaut wurde, unter allen Umständen zu bewahren und zu verteidigen, eben keine Abstriche zu machen bei kulturellen Einrichtungen, bei sozialen Angeboten, freiwilligen Leistungen, der notwendigen Co-Finanzierung bei privatem Engagement. Mir ist bewusst, dass Kürzungen, Streichungen, Schließungen und Steuererhöhungen eine Stadt nicht attraktiver machen.

Dennoch – und auch hier darf ich nochmals aus der Koalitionsvereinbarung zitieren, in der es heißt:

„Jedes Hinausschieben der notwendigen Haushaltssanierung treibt den Konsolidierungsbedarf nur noch weiter in die Höhe.“

Dies zeigt sich auch in unserer mittelfristigen Finanzplanung: wenn wir jetzt nicht deutlich gegensteuern, wird das kumulierte Defizit bis zum Haushaltsjahr 2009 auf über 50 Mio. € angewachsen sein.

Wir können also die Hände nicht in den Schoß legen und die weitere Entwicklung abwarten, denn sie würde uns innerhalb kurzer Zeit für lange Jahre völlig handlungsunfähig machen. Wir können es uns nicht bequem einrichten im § 81. Die in der Vergangenheit manchmal geäußerten Hinweise auf andere Städte, die doch ganz gut in der vorläufigen Haushaltswirtschaft lebten, übersehen die unglaubliche Bürde, die innerhalb weniger Jahre zu Lasten späterer Generationen aufgetürmt wird. Hierzu ein letztes Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Die Sicherung der Tragfähigkeit und der Qualität der öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit eine zentrale Herausforderung für die Finanz- und Haushaltspolitik.“

Aber, was ist denn nun konkret zu tun?

Zunächst müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass wir – wie bisher – durch pauschale Kürzungen weitere nennenswerte Einsparungen erzielen können. Zahlreiche Haushaltsstellen sind durch wiederholte pauschale Kürzungen auf ein solches Niveau heruntergefahren, dass eine qualifizierte Aufgabenerfüllung fast nicht mehr möglich ist. Dies kann nicht fortgesetzt werden, weil sonst das gesamte Leistungsangebot der Stadt Lüdenscheid schweren Schaden nimmt.

An die Stelle der reduzierten Aufgabenwahrnehmung wird in einigen Fällen der völlige Verzicht auf bisher wahrgenommene Aufgaben treten müssen. Dies erfordert in vielen Bereichen die Formulierung von Prioritäten. Dies erfordert einen vertrauensvollen Dialog von Politik und Verwaltung. Dies erfordert meines Erachtens auch die Abkehr von manchen politischen Ritualen, beispielsweise Vorschläge weniger nach ihrem Inhalt als vielmehr nach ihrem Urheber zu beurteilen. Politik-Mikado, also: wer zuerst einen Einsparvorschlag macht,

hat verloren, führt zur Erstarrung wo dringend Dynamik erforderlich ist, bedeutet Fortschreibung, ja sogar Potenzierung der aktuellen Finanzproblematik.

Mir ist bewusst, dass die nächsten Schritte durch die Verwaltung umfänglich vorbereitet werden müssen, um der Politik, also Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, qualifizierte Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund hat der Verwaltungsvorstand in seiner letzten Sitzung unter anderem die Einrichtung einer verwaltungsinternen HSK-Gruppe beschlossen. Michael Walker und ich werden die aktuelle Situation in der kommenden Woche mit der Kommunalaufsicht des Märkischen Kreises erörtern, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Die Ämter der Verwaltung wurden unter anderem aufgefordert, für die Ausgabepositionen des Vermögenshaushalts Kategorisierungen vorzunehmen, die den Vorgaben des Innenministeriums bei 81er - Gemeinden entsprechen. Zur heutigen Sitzung haben wir zudem einen Vorschlag zur Ausgabenreduzierung im Umfang von 3 Mio. € wie im vorletzten Hauptausschuss zugesagt, vorlegt.

Da zur Zeit noch zahlreiche Parameter, beispielsweise die Höhe der Schlüsselzuweisung, für den Haushalt 2006 unklar sind, weitere Sanierungsvorschläge durch die Verwaltung im Rahmen der HSK-Gruppe erst noch zu erarbeiten sind, müssen die anstehenden Fraktionsberatungen und Fachausschusssitzungen unter anderen Rahmenbedingungen durchgeführt werden, als Sie dies aus der Vergangenheit gewohnt sind. Ich bitte hierfür bereits jetzt um Ihr Verständnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich mich noch herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, in diesem Jahr erstmals unter der neuen Amtsleiterin Martina Schmidtke, für ihre – wie immer – kompetente und zuverlässige Mitarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes bedanken. Mein besonderer Dank gilt Michael Walker, ohne dessen herausragendes Fachwissen und Engagement dies alles nicht möglich gewesen wäre.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wünsche ich erfolgreiche Fraktions- und Ausschussberatungen zum Wohle der Stadt Lüdenscheid. Ich würde mich sehr freuen und ich halte es auch aus der Sache heraus geboten, wenn der abgewandelte Titel eines von mir heute mehrfach zitierten Vertrags sozusagen als Leitthema für die Diskussionen der nächsten

Wochen dienen könnte. Er lautet: „Gemeinsam für Lüdenscheid – mit Mut und Menschlichkeit“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.